

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Keine Einschränkung
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Grin, Jean-Pierre (svp/udc, VD) NR/CN, Genf
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 01.01.2024

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Heidelberger, Anja

Bevorzugte Zitierweise

Heidelberger, Anja 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Genf, 2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Öffentliche Finanzen	1
Direkte Steuern	1

Abkürzungsverzeichnis

WAK-NR Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats

CER-CN Commission de l'économie et des redevances du Conseil national

Allgemeine Chronik

Öffentliche Finanzen

Direkte Steuern

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 24.03.2022
ANJA HEIDELBERGER

Wie die Standesinitiative des Kantons Genf (Kt.Iv. 20.321) verlangte eine parlamentarische Initiative Grin (svp, VD), dass **geschiedene oder getrennt lebende Eltern die Unterhaltsbeiträge für ihre volljährigen Kinder in Ausbildung vom steuerbaren Einkommen abziehen können**. Heute sei dies nur bis zum Erreichen des 18. Lebensjahrs des Kindes möglich, was angesichts der gestiegenen Anteile finanziell weiterhin abhängiger junger Erwachsener sowie Scheidungen geändert werden solle, argumentierte der Initiant.

Im August 2021 gab die WAK-NR dem Anliegen mit 13 zu 12 Stimmen knapp Folge, da ja auch die Unterhaltspflicht der Eltern bis zum Ende der Ausbildung andauere. Ihre Schwesterkommission erinnerte aber im März 2022 daran, dass verheiratete Paare keine solchen Abzüge machen könnten, und lehnte deren Ausdehnung auf erwachsene Kinder mit 6 zu 2 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) ab. Folglich hatte sich die WAK-NR im Juni 2022 nochmals mit der Initiative zu beschäftigen und liess sich diesmal mehrheitlich von der ständerätlichen Argumentation überzeugen. Sie anerkannte die Problematik der gestiegenen Unterhaltskosten für junge Erwachsene in Ausbildung, scheute sich aber vor einer Verstärkung der Ungleichheit zwischen geschiedenen und verheirateten Personen. Mit 13 zu 11 Stimmen (bei 1 Enthaltung) beantragte die Kommission ihrem Rat, der parlamentarischen Initiative – sowie der Genfer Standesinitiative, die sie gleichzeitig behandelte – keine Folge zu geben.¹

STANDESINITIATIVE
DATUM: 21.09.2022
ANJA HEIDELBERGER

In der Herbstsession 2022 behandelte der Nationalrat die Standesinitiative des Kantons Genf für einen **Steuerabzug für Unterhaltsbeiträge an erwachsene Kinder** erneut zusammen mit der parlamentarischen Initiative von Jean-Pierre Grin (svp, VD; Pa.Iv. 21.424), die ein ähnliches Anliegen beinhaltete. Die Kommissionsmehrheit hatte beide Initiativen zuvor zur Ablehnung empfohlen, weil dadurch die Ungleichbehandlung von Verheirateten gegenüber Geschiedenen oder getrennt Lebenden verstärkt würden, die keine entsprechenden Abzüge machen könnten. Diese Abzüge würden zudem in die Berechnung der Kinderalimente einfließen und diese folglich erhöhen. Schliesslich hätte dies Mindereinnahmen bei Bund und Kantonen zur Folge. Im Gegensatz zur parlamentarischen Initiative lag zur Standesinitiative kein Minderheitsantrag vor, so dass dieser stillschweigend keine Folge gegeben wurde.²

1) Bericht WAK-NR vom 20.6.22; Medienmitteilung WAK-NR vom 18.8.21; Medienmitteilung WAK-SR vom 25.3.22
2) AB NR, 2022, S. 1623 f.